

Unternehmen:	Gewinne werden kaum noch investiert	2
Sozialpolitik:	Soziale Sicherheit – Marktlösung mit Tücken	3
Mitbestimmung:	Arbeitnehmer in Unternehmen mit ausländischer Rechtsform benachteiligt	4
Verteilung:	Löhne bleiben weit hinter Gewinnen zurück	6
Hochschule:	Bildungstradition hält Praktiker von Uni fern	7
TrendTableau		8

ARBEITSZEIT

Weniger Stunden, weniger Stundenlohn

Wer eine Teilzeitstelle hat, bekommt meist weniger Geld je Stunde als Beschäftigte mit Vollzeitjob. Nur ein Teil der Verdienststücke lässt sich durch Qualifikationsunterschiede erklären.

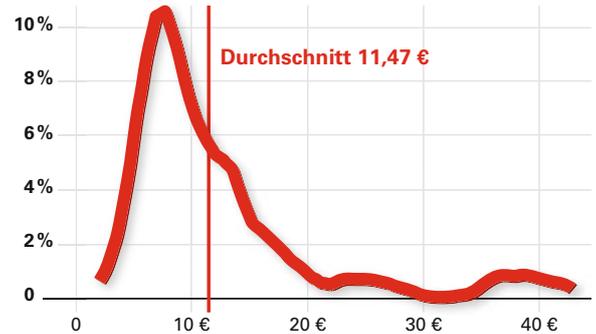
In Westdeutschland verdienen Frauen in Teilzeitbeschäftigung im Schnitt 2,50 Euro weniger pro Stunde als Arbeitnehmerinnen mit voller Stelle. Bei den vergleichsweise wenigen Männern, die hier mit reduzierter Stundenzahl arbeiten, ist der durchschnittliche Lohnabschlag sogar doppelt so groß. In Ostdeutschland sind die Differenzen geringer. Zu diesen Ergebnissen kommt Elke Wolf, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule München.* Ihre Untersuchung fußt auf dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) 2007, einer repräsentativen Haushaltsbefragung.

Unabhängig von Ausbildung oder Berufserfahrung: Ein Lohnunterschied bleibt. Das Teilzeit- und Befristungsgesetz verbietet Lohnabschläge aufgrund kürzerer Arbeitszeiten. Dennoch existiert nach Wolfs SOEP-Auswertung zumindest in den alten Ländern eine erhebliche Lohnlücke. Um herauszufinden, wie sich die Differenzen erklären lassen, hat die Wissenschaftlerin eine Reihe von möglichen Einflussfaktoren in ihre Berechnungen einbezogen: Ausbildung, Berufserfahrung, Betriebszugehörigkeit, Branche und weitere Faktoren. Dabei zeigt sich beispielsweise, dass der Verdienstnachteil gegenüber Vollzeitbeschäftigten geringer ist, wenn Teilzeitkräfte bereits lange im Betrieb sind. Weiterhin wird deutlich, dass teilzeitbeschäftigte Männer, die die höchsten Fixkosten in Form von Einstellungs-, Einarbeitungs- und Weiterbildungskosten verursachen, mit den größten Lohneinbußen rechnen müssen. So sind die Abschläge bei Hochschulabsolventen etwa doppelt so hoch wie bei anderen Teilzeitbeschäftigten. Dennoch: Der größte Teil der Lohnlücke zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten lässt sich nicht ohne weiteres erklären. Bei westdeutschen Frauen, der größten Gruppe mit Teilzeitjobs, bleibt ein Lohnunterschied von 11 Prozent. Die niedrigsten Teilzeit-Löhne finden sich bei Stellen mit Wochenarbeitszeiten bis 14 Stunden – oft Minijobs. Ein gutes Zehntel der Arbeitnehmerinnen im Westen kommt auf eine so geringe Stundenzahl.

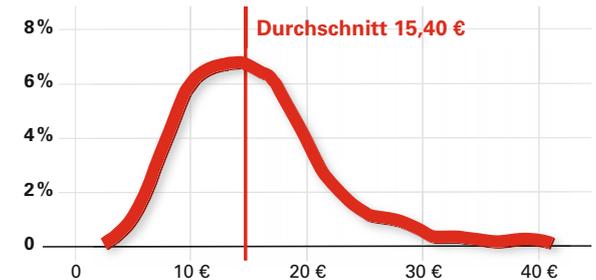
Teilzeit auf dem Vormarsch: Etwa 70 Prozent der Arbeitnehmerinnen kommen laut Statistischem Bundesamt auf weniger als 35 Wochenstunden. Die Teilzeitquote der Männer beträgt dagegen lediglich knapp 6 Prozent. Die Werte lagen 15 Jahre zuvor noch bei 50 beziehungsweise 2 Prozent. ◀

Schlecht bezahlte Minijobs

So verteilen sich im Westen die Bruttostundenlöhne 2007...
... bei Frauen in Jobs bis zu 14 Wochenstunden



... bei Frauen in Jobs mit 35 bis 44 Wochenstunden



Der durchschnittliche Bruttostundenlohn betrug 2007 in...



Berechnungen auf Basis des sozio-oekonomischen Panels 2007
Quelle: Wolf 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

* Quelle: Elke Wolf: Lohndifferenziale zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten in Ost- und Westdeutschland, WSI-Diskussionspapier Nr. 174, Dezember 2010

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Gewinne werden kaum noch investiert

In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben deutsche Unternehmen hohe Gewinne gemacht, aber wenig davon wieder investiert. Ein ausgeprägt schwaches Wirtschaftswachstum war die Folge.

Im Vergleich der großen Industrienationen gehörte Deutschland bis 2009 zu den Schlusslichtern bei Investitionen und Wachstum. In den 1990er-Jahren sind die Bruttoanlageinvestitionen inflationsbereinigt jährlich noch um etwa 1,8 Prozent gestiegen. Danach lagen sie mit Ausnahme der Jahre 2007 und 2008 unter dem Niveau von 2000. Dabei gelten Investitionen als Schlüssel für Wachstum und Wohlstand: Sie schaffen Einkommen und Arbeitsplätze.

Netto befanden sich – nach Abzug der reinen Ersatzinvestitionen – die Investitionen im zweiten Quartal 2010 real um mehr als ein Drittel unter dem Niveau des ersten Quartals 1991. Und das trotz kräftiger Zuwächse im Vergleich zu 2009. Die Privatwirtschaft, die in Deutschland den Löwenanteil der Investitionen tätigt, verzeichnete gerade im vergangenen Jahrzehnt wachsende Gewinne und konnte verstärkt Geldvermögen bilden. Bei den Investitionen hielt sie sich jedoch zurück.

Unternehmen und privaten Haushalte. In den folgenden Jahren wurden die Befristung von Arbeitsverhältnissen und der Einsatz von Leiharbeit erleichtert. Mehr als ein Fünftel aller Beschäftigten arbeitet inzwischen im Niedriglohnssektor.

Parallel zur steuerlichen Entlastung verzeichneten die Investitionen jedoch ihre stärksten Einbrüche und erholten sich auch nicht wieder. Zudem schöpften die Lohnerhöhungen den Verteilungsspielraum bei weitem nicht aus; von 2004 bis 2007 sanken die Lohnstückkosten sogar. Der Boom des Niedriglohnssektors drückte die gesamte Lohnentwicklung nach unten. Trotzdem schufen Unternehmen nicht die erwarteten neuen Arbeitsplätze, so Priewe und Rietzler.

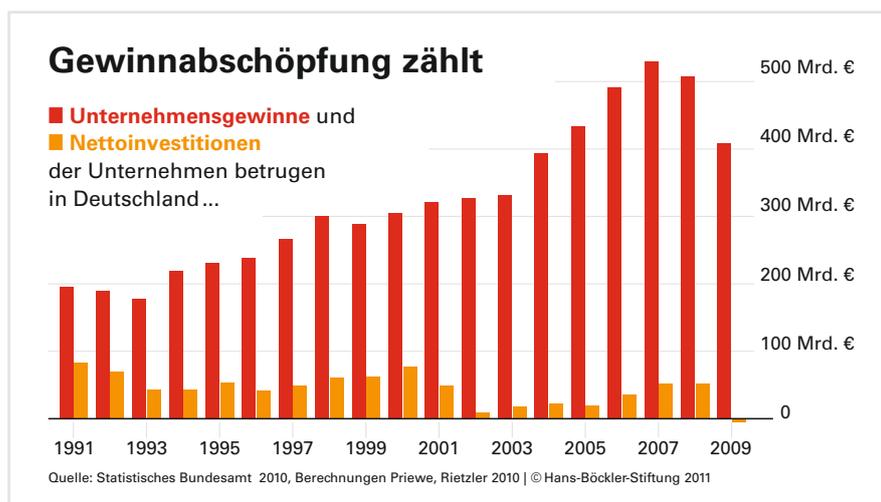
Die Ökonomen haben dafür eine einfache Erklärung: Auch bei besten Angebotsbedingungen investieren Unternehmen nur dann, wenn ihre Anlagen auch ausgelastet sind. Und gerade die zögerliche Lohnentwicklung schwächte die Inlandsnachfrage nachhaltig. Für eine große Volkswirtschaft wie Deutschland

sie jedoch die Binnennachfrage eine zentrale Rolle, so die Wissenschaftler. Eine Strategie der Lohnzurückhaltung sei das falsche Rezept für nachhaltiges Wachstum: „Die schwache Binnennachfrage dämpft die für die Investitionstätigkeit maßgeblichen Rentabilitätserwartungen.“ Investitionen und Wachstum wären bei einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik vermutlich höher ausgefallen, ohne dass es zu inflationären Tendenzen gekommen wäre.

Anders als in Ländern wie den USA oder Frankreich mit stärkerer Investitionsentwicklung liegen in Deutschland mit seiner besonders niedrigen Inflationsrate die langfristigen Realzinsen seit Mitte der 1990er-Jahre dauerhaft

deutlich über der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts. „Diese Konstellation begünstigt die Geldvermögensbildung gegenüber der Sachvermögensbildung und hemmt das Wachstum“, stellen die Wirtschaftsforscher fest. Seit Beginn der 1990er habe sich das Geldvermögen fast verdreifacht, während die Sachanlagen nur um 65 Prozent zunahmen. „Der im Vergleich zum Wachstumstrend höhere langfristige Realzins hat zu einem im internationalen Vergleich markanten Ungleichgewicht zwischen Geld- und Sachkapitalbildung geführt“, stellen Rietzler und Priewe fest. „Gewinne und Investitionen sind mittlerweile stark entkoppelt.“

Für ein besseres Wirtschaftswachstum empfehlen die Forscher: Schluss mit der Förderung des Niedriglohnssektors und eine Rückkehr zu an der Produktivität orientierten Lohnzuwächsen; insgesamt also eine Stärkung der Binnennachfrage. Diese ermögliche höhere Investitionen – und damit auch mehr Wachstum. ◀



Die beiden Berliner Ökonomen Katja Rietzler und Jan Priewe, Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft, haben sich auf die Suche nach den Gründen für die deutsche Investitions- und Wachstumsschwäche gemacht.* Ihr Befund: **Unternehmen legten ihre Gewinne zunehmend auf Finanzmärkten im In- und Ausland an – in erster Linie deshalb, weil sie im Inland zu wenige lohnende Investitionsprojekte sahen.** Dafür sei vor allem die schwache Inlandsnachfrage infolge der jahrelangen Lohnzurückhaltung verantwortlich, so die Forscher.

Noch dramatischer als in der Privatwirtschaft ist die Lage im öffentlichen Sektor: Die staatlichen Investitionen schrumpften so stark, dass sie nicht einmal mehr den Ersatzbedarf decken. Seit 2003 zehrt der Staat seine Substanz auf – ein weiteres Hemmnis für das Wirtschaftswachstum.

Seit der Jahrtausendwende sind gerade in der Steuer- und Arbeitsmarktpolitik weit reichende Reformen umgesetzt worden, die nach Auffassung des deutschen ökonomischen Mainstreams mehr Investitionen hätten bringen müssen: Die Steuerreform 2000/2001 sorgte für eine erhebliche Entlastung der

* Quelle: Jan Priewe, Katja Rietzler: Deutschlands nachlassende Investitionsdynamik 1991-2010, Friedrich-Ebert-Stiftung, Dezember 2010
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Soziale Sicherheit: Marktlösung mit Tücken

Märkte können helfen, sozialpolitische Ziele zu erreichen. Dafür müssen allerdings anspruchsvolle Voraussetzungen erfüllt sein. Häufig stehen den Bürgern Informationsdefizite im Weg – und ihre Neigung, sich auf Märkten nicht immer rational zu verhalten.

In den vergangenen Jahren wurden in Deutschland etliche Märkte zur Lösung sozialpolitischer Probleme eingeführt. So geben Arbeitsagenturen Gutscheine für private Vermittler aus und die Bürger können zwischen konkurrierenden Krankenkassen wählen. Außerdem fördert der Staat den Abschluss kommerzieller Altersvorsorge-Versicherungen.

Solche Wohlfahrtsmärkte sind jedoch ein problematisches Instrument, darauf weist Florian Blank vom WSI hin.* Der Sozialexperte stellt nach einer Auswertung empirischer Studien fest: Ein Marktmechanismus kann in der Sozialpolitik nur dann Nutzen stiften, wenn recht hohe Voraussetzungen erfüllt sind. Dazu muss der Staat einen transparenten Markt schaffen und möglichst vielen Nutzern den Zugang gewähren. Die Bürger benötigen zudem umfangreiche Informationen sowie die Fähigkeit, die für sie richtige Marktentscheidung zu treffen. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass diese Voraussetzungen oft nicht für alle Betroffenen erfüllt sind.

Märkte entfalten ihre Vorzüge, wenn die Nutzer aus Eigeninteresse die sozialpolitisch richtigen Entscheidungen treffen, schreibt Blank. Wann sind sie dazu in der Lage? Auf den Wohlfahrtsmärkten wird die Kompetenz der Bürger mal durch einen Überfluss, mal durch einen Mangel an Informationen eingeschränkt. Bei der Alterssicherung ist es eher ein Überfluss: Im November 2009 standen der Studie zufolge über 5.000 zertifizierte, aber nicht standardisierte Riester- und Rürup-Renten zur Wahl. Ein rationale Wahl lässt sich mit vertretbarem Aufwand kaum treffen. Ein ähnliches Dilemma findet sich im Gesundheitssystem. Patienten dürfen zwar den Arzt und das Krankenhaus wählen, können deren Qualität aber nur schwer einschätzen. Man müsse von einer „permanenten Informations-Asymmetrie“ ausgehen, so der Wissenschaftler. Ebenso haben Bürger Schwierigkeiten, die richtige Krankenkasse auszuwählen.

Informationen erreichen vor allem jene nicht, die sie am meisten benötigen. Bürger geben zwar stets an, Beratung für wichtig zu halten – über bereits vorhandene Angebote wissen sie jedoch nur wenig. Evaluationen des Info-Programms „Altersvorsorge macht Schule“ zeigen zudem soziale Unterschiede. Es informierten sich vor allem Menschen mit überdurchschnittlicher Bildung und sicherer Arbeitsstelle, die häufig bereits ein Altersvorsorge-Produkt besaßen. Ein ähnliches Muster zeigt sich bei Informations-Angeboten zur Gesundheit im Internet, so die Studie: „Gerade die Älteren und niedrig Qualifizierten, die häufiger krank sind und deswegen den größten Bedarf an Informationen haben müssten“, nutzen die Angebote am seltensten.

Hinter der Einführung von Wohlfahrtsmärkten steht die Erwartung, dass sich die Nutzer so rational verhalten wie der Homo oeconomicus, das Leitbild der neoklassischen Ökonomie. Experimentelle Studien von Verhaltensökonomern weisen jedoch auf die Grenzen praktischer Rationalität hin. Menschen „neigen zu Aufschiebeverhalten, bewerten Informationen entsprechend ihrer Präsentation, können Informa-

tionen nur in begrenztem Umfang verarbeiten oder verzetteln sich in Details“, so Blank. Der Glaube sei verbreitet, Dinge kontrollieren zu können, die kaum kontrollierbar sind. Selbst gut Ausgebildeten falle es schwer, den Nutzen einer Entscheidung richtig einzuschätzen, die so weit in die Zukunft reicht wie der Abschluss einer privaten Rente.

Staatliche Regulierung kann die Defizite der Wohlfahrtsmärkte zumindest etwas reduzieren. Blank regt eine Standardisierung von Produkten an, um „die Informationsüberflutung der Verbrau-

cher“ einzudämmen. Ein anderer Ansatzpunkt ist eine vertrauenswürdige öffentliche Alternative zu kommerziellen Anbietern zu schaffen. Das schwedische Beispiel eines öffentlich verwalteten Rentenfonds zeigt aber auch die Risiken: Der öffentliche Fonds erzielte schlechtere Ergebnisse als die privaten Angebote. Die Politik könnte zudem bei den Arbeitsbedingungen eingreifen. Für soziale Dienste und Beratungen ließen sich Mindeststandards für die Arbeit und damit auch für die Qualität festlegen.

Angesichts dieser Befunde sollte sorgfältig geprüft werden, ob Märkte in der Sozialpolitik tatsächlich das bessere Instrument sind, resümiert der WSI-Forscher. Schließlich gehe es in der Sozialpolitik vorrangig darum, ein gewünschtes Schutzniveau zu erreichen. Sie als Verbraucherpolitik zu betreiben, gerate rasch an Grenzen. Man müsse überlegen, „auf wie vielen Märkten die Bürger realistischerweise handeln können“, so die Studie. Die Bürger müssten sich auf zahlreichen Märkten zurechtfinden, für Güter- und Dienstleistungen, auf dem Finanz- und Arbeitsmarkt. Es drohe eine Überforderung der Bürger. ◀

Wohlfahrtsmärkte

entstehen durch staatliche Regulierung: Der Staat schafft einen Markt, um ein sozialpolitisches Ziel zu erreichen. Solche Regelungen finden sich in fast allen Zweigen der Sozialpolitik.

Alterssicherung. Staatliche Zulagen und Steuerermäßigungen sollen die Angebote privater Versicherungen und Banken attraktiver machen und Bürger zum Sparen bewegen.

Gesundheit. Die Bürger können wählen, bei welcher gesetzlichen Kasse sie versichert sind; der Staat garantiert durch die Versicherungspflicht die Nachfrage. Über die kassenabhängigen Zusatzbeiträge gibt es einen Preiswettbewerb. Die Patienten haben zudem die freie Wahl unter Ärzten und Kliniken.

Pflege. Die Pflegeversicherung hat einen Markt geschaffen, auf dem private wie gemeinnützige Anbieter gleich gestellt sind.

Arbeit. Die Arbeitsagenturen können Gutscheine für private Vermittler und Weiterbildung vergeben, die aus der Arbeitslosenversicherung bezahlt werden.

* Quelle: Florian Blank: Wohlfahrtsmärkte in Deutschland – Eine voraussetzungsvolle Form der Sozialpolitik, in: WSI-Mitteilungen 1/2011
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Arbeitnehmer in Unternehmen mit ausländischer Rechtsform benachteiligt

Kleine Gruppe, starkes Wachstum: Die Zahl der in Deutschland ansässigen größeren Unternehmen mit ausländischer Rechtsform steigt kontinuierlich. Ihre Beschäftigten müssen bislang auf Mitbestimmungsrechte verzichten.

Oracle Deutschland ist einer der jüngsten Fälle. Ende Mai 2010 hat der IT-Dienstleister seine Rechtsform von einer deutschen GmbH in eine Konstruktion umgewandelt, in der eine niederländische B.V. als Komplementär einer Co. KG

fungiert. Auch der Caterer Apetito und der Dienstleister Sodexo nutzen neuerdings eine Variante mit ausländischer Rechtsform. Dadurch sind sie nicht von der Mitbestimmung im Aufsichtsrat erfasst, obwohl sie ansonsten die Schwellenwerte für eine Beteiligung der Arbeitnehmer erfüllen würden.

Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) eröffnet Unternehmen die Möglichkeit, eine Rechtsform des europäischen Auslands zu führen. Für US-Unternehmen regelt ein deutsch-amerikanischer Freundschaftsvertrag aus den 50er-Jahren Entsprechendes. Ein vergleichbarer Vertrag besteht mit der Schweiz. Die Gruppe der Unternehmen mit diesem Exoten-Status ist klein, aber sie wächst. Das zeigt eine neue Auswertung, die Sebastian Sick und Lasse Pütz vorgenommen haben, Experten für Unternehmensrecht in der Hans-Böckler-Stiftung.*

2006 gab es erst 17 in der Bundesrepublik ansässige Unternehmen mit mindestens 500 Beschäftigten, bei denen sich beispielsweise eine britische Limited, eine B.V. oder eine US-amerikanische Incorporated im Namen findet. Im November 2009 zählten die beiden Juristen dagegen bereits 37. Bis Oktober 2010 ist die Zahl weiter auf 43 gestiegen. 16 davon sind Niederlassungen ausländischer Unternehmen in Deutschland. Die übrigen 27 haben die Form einer Kommanditge-

Der Mitbestimmung entzogen

Hätten diese Unternehmen eine rein deutsche Rechtsform, müssten sie Aufsichtsräte mit Arbeitnehmerbeteiligung nach dem 1976er Mitbestimmungsgesetz einrichten

Deutsche Gesellschaften mit ausländischem Gesellschafter

Firmenname	Geschäftsfeld	Größenklasse* (D)
Müller Ltd. & Co. KG	Einzelhandel mit Drogerieartikeln	12.001–20.000 Beschäftigte
United Parcel Service Deutschland Inc. & Co. OHG	Paket- und Kurierdienst	12.001–20.000
Gegenbauer Holding SA & Co. KG	Gebäudereinigung und Managementtätigkeiten	10.001–12.000
Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG	Fluggesellschaft	5.001–10.000
Dachser GmbH (Österreich) & Co. KG	Logistik- und Gütertransportunternehmen	5.001–10.000
H&M – Hennes & Mauritz B.V. & Co. KG	Bekleidungshandel	5.001–10.000
K&K – Klaas & Kock B.V. & Co. KG	Einzelhandel mit Lebensmitteln und Non-Food-Artikeln	5.001–10.000
Kühne + Nagel AG (Luxemburg) & Co. KG	Logistik- und Gütertransportunternehmen	5.001–10.000
Sodexo Beteiligungs B.V. & Co. KG	Catering und Facility Services	5.001–10.000
Apetito catering B.V. & Co. KG	Bewirtschaftung von Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung	2.001–5.000
Autoliv B.V. & Co. KG	Hersteller von Zubehör für Kraftwagen	2.001–5.000
DIW Instandhaltung Ltd. & Co. KG	Gebäudereinigung	2.001–5.000
Esprit Retail B.V. & Co. KG	Bekleidungshandel	2.001–5.000
Huhtamaki Deutschland GmbH & Co. KG	Verpackungsproduzent für Lebensmittel- und Non-Food-Bereich	2.001–5.000
Prinovis Ltd. & Co. KG	Druckereiunternehmen	2.001–5.000
QVC Deutschland Inc. & Co. KG	Holding im Bereich Teleshopping	2.001–5.000
Rolls-Royce Deutschland Ltd. & Co. KG	Luft- und Raumfahrzeugbau, Herstellung von Verbrennungsmotoren und Turbinen	2.001–5.000

Niederlassungen ausländischer Unternehmen in Deutschland

McDonald's Deutschland Inc. (Zweigniederlassung München), USA	Gastronomie	10.001–12.000
Deere & Company (Mannheim, Zweibrücken, Bruchsal), USA	Großhandel mit und Produktion von Landmaschinen und Geräten	5.001–10.000

*Die Größenklassen bei den Beschäftigten orientieren sich teilweise an Schwellenwerten im Mitbestimmungsgesetz, welche die Größe der Aufsichtsräte festlegen; Quelle: Sick, Pütz 2011, dort vollständige Liste auch mit kleineren Unternehmen | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

sellschaft mit einem ausländischen Komplementär. Diese Variante war in letzter Zeit besonders beliebt, auch bei mancher eingessenen deutschen Firma: „Die Konstruktion mit ausländischer Rechtsform wird von ausländischen Konzernen wie Rolls Royce oder UPS genauso wie von großen deutschen Familienunternehmen wie der Drogeriemarktkette Müller benutzt“, schreiben Sick und Pütz. In drei Branchen registrieren sie eine „auffällige Häufung“ der Exoten-Rechtsformen: im Einzelhandel, der Logistiksparte sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Firmen, die eine ausländische Rechtsform führen, nennen als Grund oft eine einfachere Koordination ihrer internatio-

nen Unternehmen in ausländischer Rechtsform aus dem deutschen Mitbestimmungsgesetz von 1976 heraus. Während in einer deutschen AG oder GmbH mit mehr als 2.000 Mitarbeitern die Arbeitnehmer die Hälfte der Aufsichtsräte stellen, haben sie beispielsweise in einer Limited keinen Anspruch auf Repräsentanz. Auch das Drittelbeteiligungsgesetz für Unternehmen mit 501 bis 2.000 Beschäftigten greift nicht. „Diese Benachteiligung der Arbeitnehmer ist nicht nachzuvollziehen“, sagt Sick. „Durch die Rechtsprechung des EuGH hat sich offenbar eine Lücke in den Gesetzen aufgetan, die zu Inkonsistenzen im deutschen Mitbestimmungssystem führt.“

Die wissenschaftlichen Mitglieder der Regierungskommission zur Modernisierung der deutschen Unternehmensmitbestimmung teilten diese Analyse im Grundsatz. In ihrem Abschlussbericht von 2006 sahen die Professoren um Kurt Biedenkopf wegen der damals geringen Fallzahl zwar keine akute Notwendigkeit zu handeln. Sie empfahlen jedoch dem Gesetzgeber, die Entwicklung zu beobachten und – falls nötig – „Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Mitbestimmung zu treffen“.

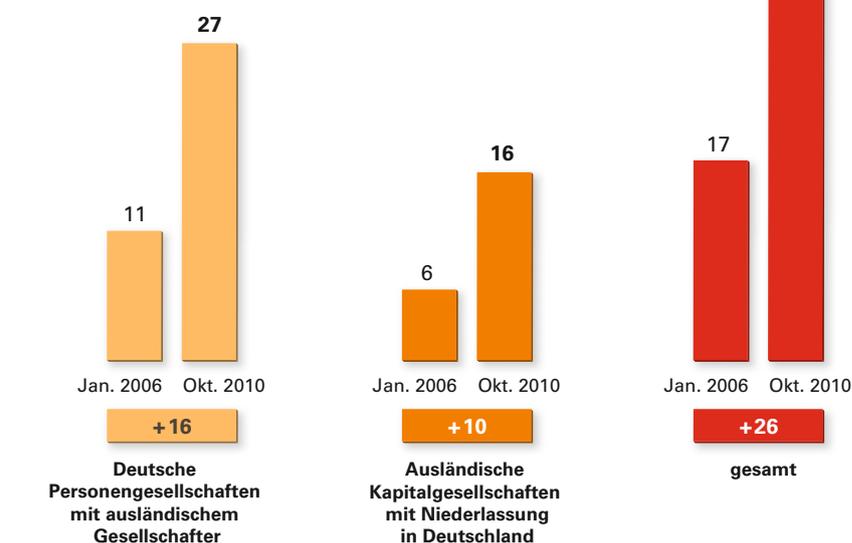
Nach fünf Jahren, in denen sich Konstruktionen mit ausländischen Rechtsformen kontinuierlich ausgebreitet haben, sei die Zeit dafür nun reif, so Sick und Pütz. Mehr als 680 Unternehmen werden nach dem Gesetz aus dem Jahre 1976 mitbestimmt, weitere rund 1.500 Firmen haben Drittelbeteili-

gung. Im Vergleich dazu ist die Gruppe der Exoten zwar nach wie vor überschaubar. Eine Erstreckung der Mitbestimmungsgesetze auf Auslandsgesellschaften sei aber geboten, um „Rechtssicherheit herzustellen, die rechtliche Lücke zu schließen und das Mitbestimmungssystem in dieser Hinsicht europatauglich zu machen.“

Ein „Erstreckungsgesetz“ würde Beschäftigten bei der Unternehmensmitbestimmung gleiche Mitsprache sichern, unabhängig davon, ob ihr Unternehmen eine deutsche oder eine ausländische Rechtsform wählt. Das sei in Übereinstimmung mit dem europäischen Recht durchaus möglich, betonen die beiden Juristen. Dieser Ansicht waren auch die wissenschaftlichen Mitglieder der Biedenkopf-Kommission. Zudem haben die Juraprofessoren Manfred Weiss und Achim Seifert in einem Rechtsgutachten für die Hans-Böckler-Stiftung die Europarechtskonformität eines solchen Gesetzes bestätigt. ◀

Mehr Exoten-Rechtsformen

Die Zahl der Unternehmen mit über 500 Beschäftigten, für die wegen ihrer ausländischen Rechtsform kein deutsches Mitbestimmungsrecht gilt, stieg von...



Quelle: Sick, Pütz 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

nen Aktivitäten. Es häufen sich nach Analyse der Mitbestimmungsexperten aber die Fälle, in denen Unternehmen durch einen Wechsel auch Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat verhindern wollen. Manche Anwälte propagierten „die Scheinauslandsgesellschaft“ als „eine Option im Strauß der Möglichkeiten zur Vermeidung der Mitbestimmung“, haben Sick und Pütz beobachtet. Mitbestimmungsvermeidung war bei der Fluggesellschaft Air Berlin nach Aussage von Unternehmenschef Joachim Hunold ein zentrales Motiv dafür, die Fluglinie als PLC & Co. KG firmieren zu lassen. Die deutsche Tochter des schwedischen Textilhändlers H&M wechselte von der GmbH in eine B.V. & Co. KG – gerade zu dem Zeitpunkt, als die Betriebsräte einen mitbestimmten Aufsichtsrat durchsetzen wollten. Ähnlich lief es auch bei der Modekette Esprit und bei der Großspedition Kühne + Nagel. Air Berlin und H&M haben mittlerweile sogar Tochtergesellschaften mit ausländischer Rechtsform in mitbestimmungsrelevanter Größe gegründet.

Egal, welche Motive hinter der Wahl der Unternehmensform stehen: Für die Beschäftigten bedeutet der rechtliche Sonderstatus weniger Partizipationsrechte. In der Praxis fal-

* Quelle: Sebastian Sick, Lasse Pütz: Der deutschen Unternehmensmitbestimmung entzogen: Die Zahl der Unternehmen mit ausländischer Rechtsform wächst. In: WSI-Mitteilungen 1/2011
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Löhne bleiben weit hinter Gewinnen zurück

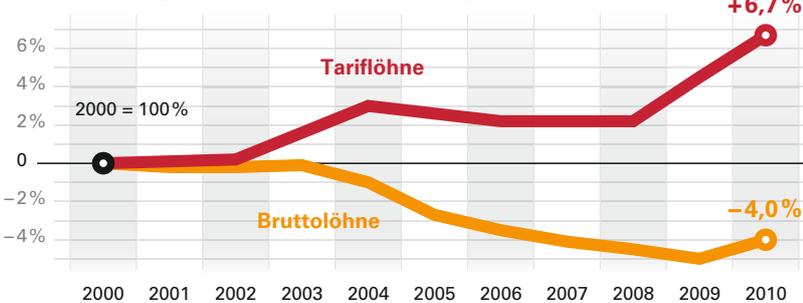
Bilanz eines Jahrzehnts: Die Löhne und Gehälter in Deutschland haben sich zwischen 2000 und 2010 weitaus schwächer entwickelt als die Gewinn- und Kapitaleinkommen.

Real – also nach Abzug der Inflation – sind die durchschnittlichen Bruttoeinkommen pro Beschäftigtem im vergangenen Jahrzehnt zurückgegangen. 2010 lagen sie um vier Prozent niedriger als im Jahr 2000, hat Reinhard Bispinck, der Leiter des WSI-Tarifarchivs, berechnet.* Siebenmal, 2001 sowie in den sechs Jahren von 2004 bis 2009, mussten die Beschäftigten Reallohnverluste hinnehmen. Lediglich in drei Jahren gab es Zuwächse, zuletzt 2010. Schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen und die Deregulierung am Arbeitsmarkt haben dazu beigetragen, dass sich die Bruttoeinkommen in den Nullerjahren schwach entwickelten. So verstärkten die Hartz-Reformen, die das Arbeitslosengeld II einführten und einen Boom bei der Leiharbeit ermöglichten, den Druck auf die Verdienste. Der Niedriglohnsektor in Deutschland wuchs.

Deutlich besser sieht es bei der Entwicklung der tariflichen Löhne und Gehälter aus, zeigt Bispincks Analyse: Sie lagen am Ende des Jahrzehnts real um knapp sieben Prozent höher als am Anfang. Allerdings blieb auch das Wachstum der durchschnittlichen Tariflöhne hinter dem Anstieg von Produktivität und Preisen zurück. Mit diesen beiden Komponenten definieren Ökonomen den so genannten neutralen

Tariflöhne schneiden besser ab

Seit dem Jahr 2000 änderten sich die realen...



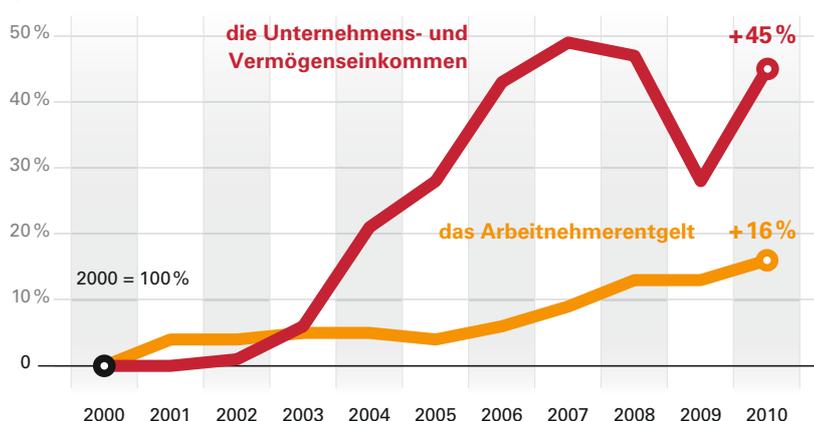
preise in der Summe um mehr als 28 Prozent zulegten, stiegen die nominalen Tariflöhne um gut 24 Prozent. Nur in einigen Branchen, etwa der Chemie- und der Metallindustrie, wurde der gesamtwirtschaftliche Verteilungsspielraum bei den Tariflöhnen ausgeschöpft. Viele Wirtschaftszweige hingegen lagen deutlich unter dieser Marke. Und weil zeitgleich die Tarifbindung sank, manche Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten tarifliche Öffnungsklauseln nutzten oder Tarifsteigerungen auf noch vorhandene übertarifliche Lohnbestandteile anrechneten, schlugen Steigerungen der Tarife nur zum Teil auf die Bruttoverdienste durch.

Zuwächse bei den Einkommen seien nur die eine Seite, wenn es um die lohnpolitische Einordnung des vergangenen Jahrzehnts geht, betont Tarifexperte Bispinck. So hätten beispielsweise die Gewerkschaften darüber hinaus auch verschiedene qualitative Ziele verfolgt. Dazu zählten unter anderem Verbesserungen bei Arbeitszeiten, bei der Aus- und Weiterbildung oder Regelungen, die die betriebliche Altersvorsorge sichern und die demographische Entwicklung in den Betrieben gestalten sollen. Und während der Finanz- und Wirtschaftskrise gelang es, hunderttausende Jobs zu sichern.

Gleichwohl sieht der Wissenschaftler als charakteristisch für die Dekade eine wachsende Ungleichheit bei der Einkommensverteilung an. So entwickelten sich die Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die zwischen 2000 und 2010 um nominal 45 Prozent zulegten, fast dreimal so stark wie die Arbeitnehmerentgelte. ◀

Arbeitnehmer abgehängt

Seit dem Jahr 2000 änderten sich...



Verteilungsspielraum. Wird er ausgeschöpft, ist die Aufteilung der Unternehmenserträge zwischen Inhabern und Beschäftigten stabil. Steigen die Löhne langsamer, erhöht sich im Gegenzug der Anteil der Unternehmer am Ertrag.

Das ist im vergangenen Jahrzehnt geschehen, zeigt Bispincks Analyse: Während Produktivität und Verbraucher-

mögenseinkommen, die zwischen 2000 und 2010 um nominal 45 Prozent zulegten, fast dreimal so stark wie die Arbeitnehmerentgelte. ◀

* Quelle: Reinhard Bispinck/WSI-Tarifarchiv: Beschäftigungssicherung und gedämpfte Lohnentwicklung, Tarifpolitischer Jahresbericht 2010
Download unter www.boecklerimpuls.de

Bildungstradition hält Praktiker von Uni fern

Nur wenige gelangen über den zweiten oder dritten Bildungsweg an die Hochschule. Einer Öffnung der Unis für Menschen mit Berufserfahrung statt Abitur steht die deutsche Bildungstradition entgegen.

Wer die Regelschule ohne Abitur verlassen hat, hat es schwer, einen akademischen Abschluss zu erreichen. Nur knapp fünf Prozent der Studenten an Universitäten und Fachhochschulen haben ihre Studienberechtigung auf dem zweiten oder dritten Bildungsweg erworben. Also etwa das Abitur an einem Abendgymnasium nachgeholt oder eine Uni-Zulassung aufgrund ihrer praktischen Berufserfahrung bekommen. Eine bildungshistorische Studie* verdeutlicht, was dem nachträglichen sozialen Aufstieg in akademische Kreise bisher im Wege steht. Vor allem ein tradierter Bildungsbegriff: Während praxisferne Allgemeinbildung hohes Ansehen genießt, wird Berufsbildung geringer eingestuft, so die Autorin Elisabeth Schwabe-Ruck.

Aktuelle Bemühungen, durch eine Öffnung der Hochschulen mehr Chancengerechtigkeit und eine höhere Akademikerquote zu erreichen, hält die Wissenschaftlerin für wünschenswert, aber schwierig: Potenziell berge das Streben nach einem gesamteuropäischen Bildungssystem zwar die Chance, das „deutsche Bildungsschisma“ zu überwinden. Im Idealfall würden zweiter und dritter Bildungsweg so zu einem „integralen Teil eines zumindest perspektivisch gesehen durchlässigen lebenslangen Bildungsweges“. Doch die Erfahrung zeige, dass das traditionelle Bildungssystem große Widerstandskräfte entfalten könne.

Zweiter Bildungsweg: Lückenbüßer bei Fachkräftemangel.

Mit Bildungsangeboten, die Erwachsene ohne am Gymnasium erworbenes Abitur zum Studium führen sollten, wurde bereits in der Weimarer Republik experimentiert. Eine wichtige Triebfeder dabei: der Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften nach dem Ersten Weltkrieg. So entstanden Tages- und Abendschulen, die Abiturkurse anboten. Während der Naziherrschaft wurde der Übergang von Fachschulen zu Hochschulen erleichtert, um für die Rüstungsindustrie technische Fachkräfte auszubilden. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es in der Bundesrepublik darum, politisch unbelastetes und qualifiziertes Fachpersonal für Wirtschaft und Verwaltung zu finden. Daneben trat das Ziel, durch mehr Chancengleichheit im Bildungssystem die Demokratisierung der Gesellschaft voranzubringen. Der zweite Bildungsweg wurde vor allem in Form von Abendgymnasien und Kollegs institutionalisiert. Zudem besteht die Möglichkeit, nach einer Eingangsprüfung direkt ein Studium aufzunehmen; dieser dritte Bildungsweg spielt quantitativ allerdings bis heute kaum eine Rolle.

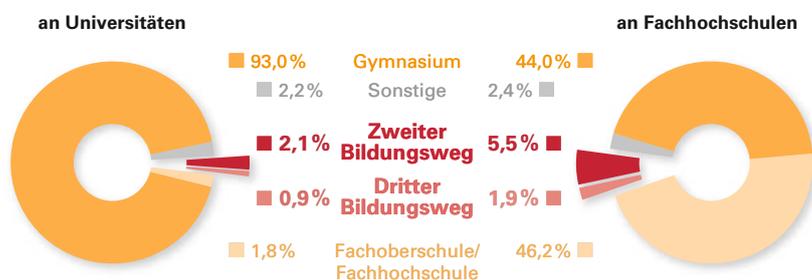
Rückblickend resümiert Schwabe-Ruck: „Alternative Bildungswege rücken immer dann ins Zentrum bildungspolitischer Diskussion, wenn durch die traditionelle Bildungselite dem Bedarf an hoch ausgebildeten beziehungsweise politisch opportunen Fachkräften nicht entsprochen werden kann.“ Angebote des zweiten Bildungswegs hätten daher meist eine

Lückenbüßerfunktion gehabt. In größerem Umfang sind Menschen, die nicht den Standard-Bildungsweg absolviert haben, an den Hochschulen immer nur in historischen Ausnahmesituationen zum Zuge gekommen. Seit den 1960er-Jahren ist der Anteil der Studenten, die über den zweiten Bildungsweg an die Uni kamen, praktisch gleich geblieben.

Berufspraxis: Bildung zweiter Klasse. Das 1834 in Preußen eingeführte, stark von Humboldts neuhumanistischen Vorstellungen geprägte Abitur ist bis heute maßgeblich für die Zulassung zu höherer Bildung. Kennzeichnend für den damit verbundenen Bildungsbegriff war „die besondere Wertschätzung der alten Sprachen und reziproke Nichtachtung von berufspraktischen, vor allem technischen und naturwissenschaftlich ausgerichteten Fächern“, so Schwabe-Ruck. Bis heute wirke diese Sicht nach. So finde im dreigliedrigen Schulsystem eine „gleichermaßen sehr frühe und sehr entschiedene Trennung in praxisnah berufsvorbereitendes und theoriebetont allgemein bildendes Lernen“ statt. Dieses Bildungsschisma sei fest in den Köpfen veran-

Zum Studium selten per zweitem Bildungsweg

Ein Studium begonnen 2006 mit dem Abschluss ...



Quelle: Statistisches Bundesamt 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

kert: Selbst Menschen, die sich auf den zweiten Bildungsweg begeben haben, legen der Forscherin zufolge meist Wert darauf, dass das nachgeholt Abitur sich eng an den Stoff des ersten Bildungswegs anlehnt – anstatt auf die Anerkennung ihrer praktischen Erfahrung im Betrieb zu pochen.

Einer „gleichberechtigten Positionierung“ verschiedener Hochschulzugänge stünden also hohe Hürden entgegen. Vom Bologna-Prozess inspirierten Plänen, beruflich erworbene Kompetenzen anzuerkennen und Ausbildungsberufe zu akademisieren, räumt Schwabe-Ruck dennoch gewisse Chancen ein. Gerade angesichts stagnierender Studentenzahlen und eines steigenden Bedarfs an Fachkräften. Allerdings bestehe auch die Gefahr, dass es bloß zu Verschiebungen komme – und sich beispielsweise der Übergang vom Bachelor zum Master zu einem neuen Nadelöhr entwickeln könnte, an dem sich gymnasial und beruflich Vorgebildete scheiden. ◀

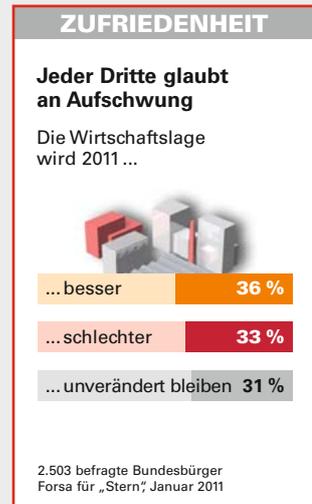
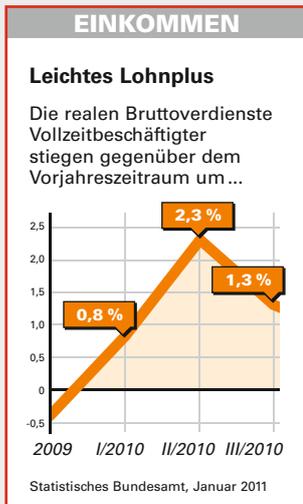
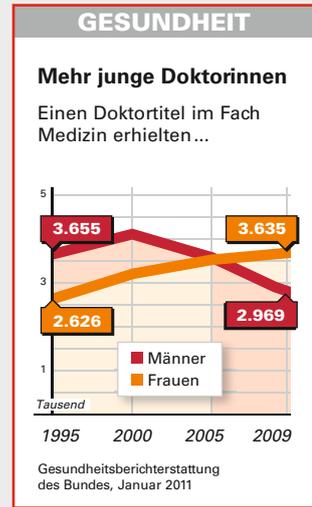
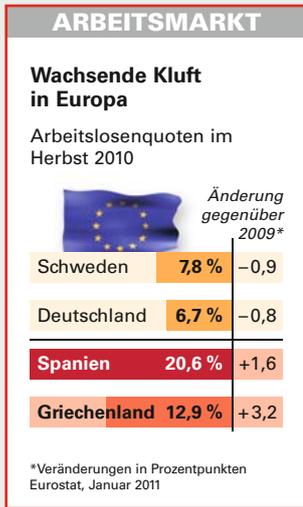
* Quelle: Elisabeth Schwabe-Ruck: „Zweite Chance“ des Hochschulzugangs? Edition der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 254, Düsseldorf 2010
Download unter www.boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11/7778-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter
 E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11/77 78-286,
 Fax 02 11/7778-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,
 Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (nach Rücksprache mit der Redaktion Abdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **EINKOMMEN:** Das Armutsrisiko ist in Deutschland nur geringfügig niedriger als im EU-Durchschnitt. Hierzulande waren 2008 nach EU-Definition 15,5 Prozent der Einwohner von Armut bedroht. In der EU waren es 16,3, in der Eurozone 15,9 Prozent, teilt das Statistische Bundesamt mit. Eine Person gilt als armutsgefährdet, wenn sie inklusive aller Sozialleistungen über weniger

als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) verfügt. In Deutschland belief sich der entsprechende Wert im Jahr 2008 auf 11.151 Euro. Besonders hoch ist das Armutsrisiko in Lettland, wo 25,7 Prozent der Einwohner von Armut bedroht sind. In Rumänien und Bulgarien sowie Griechenland und Spanien lebt rund ein Fünftel der Bevölkerung in Armut. Die niedrigsten Quoten

weisen die Tschechische Republik mit 8,6 Prozent sowie die Slowakei und die Niederlande mit 11 Prozent auf. Statistisches Bundesamt, Januar 2011

► **ARBEITSMARKT:** Die Erholung der Weltwirtschaft hat sich im vergangenen Jahr noch nicht auf dem globalen Arbeitsmarkt niedergeschlagen. Nach Berechnungen der Internationalen Arbeitsorga-

nisation (ILO) waren 2010 rund 205 Millionen Menschen ohne Arbeit und damit 27,6 Millionen mehr als im Vorjahresjahr 2007. Bei der Jugendarbeitslosigkeit registrierte die ILO im Vergleich zu 2009 einen Rückgang von 80 Millionen auf rund 78 Millionen, dennoch seien fast fünf Millionen Jugendliche mehr ohne Job als 2007.

ILO, Januar 2011

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 16. Februar

bestellen unter www.boecklerimpuls.de